

## **Voraussetzungen für die Verstetigung von Sozialer-Stadt - Aus Sicht von Bewohner/innen aus Standorten der Sozialen Stadt in Hessen**

Das Programm „Soziale Stadt“ verfolgt das Ziel der städtebaulichen, sozialen und ökonomischen Erneuerung und Stabilisierung von benachteiligten Stadtteilen/Quartieren auf der Basis integrierten Handelns und Denkens auf der Ebene von Politik und Verwaltung und im Stadtteil. Die Idee der „Sozialen Stadt“ ist mit Hilfe des integrierten Ansatzes bestehende Instrumente und Ressourcen zu bündeln und zu vernetzen und für die Stadtteile gewinnbringend einzusetzen. Die Aktivierung, Einbindung und Beteiligung möglichst aller Bevölkerungsgruppen wird dabei als Voraussetzung für eine erfolgreiche Stadtteilentwicklung gesehen. Maßnahmen und Projekte erhalten dadurch die Akzeptanz der BewohnerInnen, der Einsatz von Ressourcen erfolgt bedarfsorientierter und die Lösung bestehender Probleme wird gezielter angegangen.

Die folgende Stellungnahme wurde auf zwei HEGISS-Bewohnertreffen in den Jahren 2005/2006 erarbeitet und am 24.03.2007 auf dem 8. Bewohnertreffen in Eschwege verabschiedet:

1. Wir Bewohner/innen haben gezeigt, dass wir bereit sind, uns für unsere Stadtteile einzusetzen und in vielfältiger Weise Aufgaben und Verantwortung zu übernehmen. Bewohnerengagement ist der Garant für eine nachhaltige Wirkung der Ideen und Ziele der "Sozialen Stadt".
2. Die Bereitschaft zu diesem Engagement wird auf Dauer aber nur aufrechtzuerhalten sein, wenn deutlich wird, dass wir mit den bestehenden Problemen nicht alleine gelassen werden, sondern auch in Zukunft darauf bauen können, dass Politik auf allen Ebenen sich für unsere Stadtteile stark macht und die notwendigen Ressourcen beisteuert. „Soziale Stadt“ und die damit verbundenen Arbeits- und Denkweisen müssen deshalb nach Ende der vorgesehenen Programmlaufzeit in den Stadtteilen unbedingt weiter geführt werden.
3. Viele Verbesserungen und Projekte wurden durch große Anstrengungen und Investitionen auf den Weg gebracht. Die dadurch ausgelösten positiven Entwicklungen müssen stabilisiert werden. Ansonsten ist die Gefahr groß, dass aller Einsatz vergeblich und ein Rückfall in bereits überwunden geglaubte Zeiten und Zustände in den Stadtteilen bevorsteht (Vandalismus, Imageverlust, Gettobildung, Ansteigen der Kriminalität, Passivität, Demokratiemüdigkeit etc).
4. Die Stadtteile, in denen wir leben, werden auch zukünftig eine wichtige Funktion für die Gesamtstadt bei der Versorgung einkommensschwächerer Menschen sowie bei der Integration von Zuwanderung übernehmen. Die Präsenz von Einrichtungen und kommunalen Diensten, die dazu professionelle Dienstleistungen und Unterstützung leisten, muss sichergestellt werden und kann nicht allein durch Ehrenamt erbracht werden.
5. Die in den Stadtteilen aufgebauten Strukturen (Aktivitäten, Netzwerke, Gremien, Vereine etc.) am Leben zu halten, ist eine fortlaufende Herausforderung. Neue Generationen sind zu integrieren, Rück- und Fortzüge von Aktivisten aufzufangen, Neuzugezogene anzusprechen, bislang noch nicht erreichte Menschen zu motivieren, Wechsel in Politik und Verwaltung zu verkraften. Es bedarf daher einer kontinuierlichen Aktivierung von Beteiligung, die von den bereits engagierten Bewohner/innen alleine nicht zu leisten ist.

Wir Bewohner/innen fordern deshalb die dauerhafte Einrichtung einer professionellen Unterstützungsstruktur vor Ort (z.B. Stadtteilbüro), die Bürgerbeteiligung und -engagement fördert, die geschaffenen Strukturen aufrechterhält und auf Veränderungen flexibel reagieren kann.

6. Mit Hilfe der „Sozialen Stadt“ ist es gelungen, Entscheidungsträger und BewohnerInnen zur gemeinsamen Beratung der Stadtteilentwicklung zusammenzubringen (z.B. Stadtverwaltung, Dezernenten, Schulen, Kindergärten, Wohlfahrtsverbände, Polizei, Feuerwehr, Kirchen, Vereine, Gewerbe, Wohnungsbaugesellschaften). Der Umgang in und mit den aufgebauten Strukturen und Gremien auf kommunaler Ebene (bei Politik und Verwaltung) und auf Stadtteilebene erfordern einen ständigen Lern- und Aushandlungsprozess. Die Dialog- und Abstimmungsbereitschaft der Akteure muss dabei immer wieder neu erarbeitet werden. Auch deshalb brauchen wir eine Weiterführung der Ideen und Zielsetzungen der „Sozialen Stadt“.
7. Wir BewohnerInnen fordern außerdem, eine Fortführung der Steuerung auf Landesebene auch für die Zeit nach dem Programmablauf, damit der Erhalt der grundlegenden Elemente zur Unterstützung der Bewohner/innen gesichert und klare Regelungen für die Kommunen zur Absicherung der vorgenommenen Investitionen gegeben sind. Nur durch die finanziellen Anreize und fachliche Begleitung seitens des Landes ist gewährleistet, dass sich die Kommunen auch weiterhin ausreichend den benachteiligten Stadtteilen zuwenden. Die Landesunterstützung wird dafür Sorge tragen, dass die Aufmerksamkeit für die benachteiligten Stadtteile in der kommunalpolitischen Prioritätensetzung erhalten bleibt.
8. Erfolgreiches Bewohnerengagement erfordert Planungssicherheit sowie Zuverlässigkeit und Kontinuität in Politik, bei Trägern oder im Stadtteilmanagement. Wir erwarten von unseren Kommunen, dass sie im Sinne einer "Selbstverpflichtung" auch zukünftig ihre Planungen mit den Stadtteilen abstimmen und auf Vorstellungen und Anregungen aus den Stadtteil ernsthaft eingehen. Stadtteilbudgets sowie Bürgerfonds bzw. Stadtteilstiftungen sind aufzubauen, um uns als BürgerInnen zusätzlich eigenverantwortliche Gestaltungsmöglichkeiten zu geben.
9. Ehrenamt und Selbstorganisation in unseren Stadtteilen braucht geeignete Rahmenbedingungen. Dazu gehören die Qualifizierung von Beteiligungsprozessen, Fortbildungsangebote, die Beratung bei Überforderung und Konflikten, die beratende Begleitung durch professionelle Strukturen und die Möglichkeit zum landesweiten Austausch.
10. Der Ansatz der "Sozialen Stadt" hat in unseren Stadtteilen positive Wirkung gezeigt. Wir halten es daher für wichtig, dass auch andere benachteiligte Stadtteile in Hessen, die bislang noch nicht erreicht wurden, in die Soziale-Stadt-Strategie mit einbezogen werden.